

bei dem die DDR nach dem Muster des österreichischen Staatsvertrags ihre Selbstbestimmung gegen den Preis der Neutralität erhalten sollte. Den Sowjets war dieser Plan nicht einmal eine Antwort wert, und Adenauer kam nicht mehr darauf zurück. Im Juni 1962 unterbreitete der Kanzler dem Sowjetbotschafter den „Burgfriedensplan“, in dem vorgeschlagen wurde, die bestehenden politischen Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands für zehn Jahre einzufrieren, damit sich die Lage in dieser Zeitspanne beruhige und später eine entspanntere Gesprächsatmosphäre bestehe.<sup>163</sup> Dieser zweite Plan wurde in Moskau wenigstens zur Kenntnis genommen und vom sowjetischen Kabinett (Ministerrat) in aller Form abgelehnt. Beide Pläne kamen viele Jahre zu spät. Vielleicht hätten sie nicht einmal vor der Ratifizierung der Pariser Verträge eine Chance gehabt.

### *Der erste Bonner Botschafter in Moskau*

In Bonn ließ man sich bekanntlich Zeit mit der Eröffnung der Moskauer Botschaft. Es gab allerdings große Schwierigkeiten bei der Immobiliensuche in der sowjetischen Hauptstadt. Die bis 1941 benutzte deutsche Botschaftskanzlei war in die Hände der DDR-Vertretung übergegangen. Eine neue Kanzlei zu finden, war bei dem schlechten baulichen Zustand der meisten Moskauer Paläste und Villen aus der Zarenzeit keine einfache Aufgabe. Auch die Privatunterkünfte der Botschaftsangehörigen mussten mühevoll ausgehandelt werden. Die sowjetische Seite bestand darauf, dass alle in einem einzigen Hochhaus zusammen untergebracht würden. Die Deutschen wehrten sich gegen diese Art der Kasernierung, aber die Russen saßen am längeren Hebel. Sie setzten es durch, dass alle deutschen Familien in einen prosaischen Neubau eingewiesen wurden und dass einige russische Mieter in dem hellhörigen Haus wohnen blieben.

## Die Kandidatensuche

Ein anderes, in den Spalten der deutschen Zeitungen intensiv diskutiertes Problem war die Suche nach der geeigneten Person für den Botschafterposten. Adenauer hatte bereits Ende 1954, lange bevor die konkrete Suche begann, von der Schwierigkeit gesprochen, die richtigen Personen für eine künftige Moskauer Botschaft zu finden. „Gute Diplomaten sind selten. Wir haben zu wenige davon. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus eine tiefe Lücke gerissen hat.“<sup>164</sup> Dementsprechend begann die Suche außerhalb der Beamtenschaft des Auswärtigen Amts. Carlo Schmid gehörte zu den meistgenannten Kandidaten. Er, der „Gospodin Großdeutschland“, wäre wegen seines hohen Sympathiewerts bei Chruschtschow eine ausgezeichnete Wahl gewesen.<sup>165</sup> Er hätte dem Rezept des preußischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. entsprochen, der seinerzeit seine Kriterien für die Auswahl eines neuen preußischen Gesandten in Russland so definiert hatte: „Den kann der Zar wol leiden und kann stark sauffen und bleibet doch bei Verstand.“<sup>166</sup> Als Carlo Schmid drei Jahre später im Auftrag des SPD-Präsidiums erneut nach Moskau kam, nahm sich der inzwischen allein regierende Nikita Chruschtschow drei Stunden Zeit für ein Gespräch mit seinem Gast und verabschiedete ihn persönlich am Flugplatz, wo Schmid dem bulligen Ukrainer gestand, dass er ihn für einen Nachfahren von Gogols Helden Taras Bulba halte, was Chruschtschow mit begeistertem Schulterklopfen quittierte.<sup>167</sup> Aber Carlo Schmid hatte es abgelehnt, als Botschafter nach Moskau zu gehen.<sup>168</sup> Gleichfalls abgelehnt hatten Staatssekretär Ludger Westrick aus dem Wirtschaftsministerium<sup>169</sup> und eine Reihe anderer Kandidaten aus dem Bereich von Politik und Wirtschaft<sup>170</sup>.

Also blieb doch keine andere Wahl, als auf die vorhandenen Berufsdiplomaten zurückzugreifen. Der einzige von ihnen, der sich für Moskau brennend interessierte und es

auch alle wissen ließ, war Botschafter Hans Kroll, der gerade erst von Belgrad nach Tokyo versetzt worden war. In einem sehr frühen Stadium, drei Tage nach Eingang der sowjetischen Einladung, hatte sich Adenauer für die eventuelle Verwendung Krolls eingesetzt<sup>171</sup> – vermutlich auf Vorschlag Globkes, der mit Kroll befreundet war. Adenauer hatte noch weitere Ideen zur Besetzung des Moskauer Postens auf Lager. Nach der Rückkehr aus Moskau überraschte er das Kabinett mit der Bemerkung, er wolle gerne der SPD die Benennung des ersten Botschafters in Moskau überlassen. Die künftigen Beziehungen zu Moskau müssten ohnehin so gestaltet werden, dass sie die Grenze der Belastbarkeit im Verhältnis zu den Westmächten nicht überschritten,<sup>172</sup> das heißt, wenn man aus Rücksicht auf die Rapallo-Furcht der Westmächte die Botschaft zur Inaktivität verurteilen müsse, dann könne man ebenso gut einen Sozialdemokraten nach Moskau schicken.

Es blieb dann doch bei einem Botschafter aus den Reihen des diplomatischen Dienstes. Aber nicht Kroll wurde entsandt, sondern sein Kollege in Ankara, Wilhelm Haas. Ihm traute man eine ruhigere Gangart in Moskau zu als dem politisch ambitionierten Kroll. Globke hatte Kroll gegenüber angedeutet, dass man „eine zurückhaltende Persönlichkeit“ suche und der hatte geantwortet, er sei froh, dass der „Moskauer Wodka-Kelch“ an ihm vorübergegangen sei. Er habe keine Lust an der „Beförderung vom Botschafter zum Briefträger“. Er sei erst für eine spätere Zeit interessiert, wenn man in Moskau „voll aktiv werden soll“<sup>173</sup>.

Als der Personalchef Löns aus Bonn bei Botschafter Haas in Ankara anrief, glaubte Haas über eine schlechte Telefonleitung zu verstehen, dass ihm Paris angeboten werde. Löns teilte dem erstaunten Botschafter nämlich mit, das Agrémentsersuchen müsse schon am nächsten Tag in Paris übergeben werden. Damit meinte er den Kommunikationskanal Maltzan – Woroschilow in Paris, über den das Ersuchen geleitet werden sollte. Haas verstand nur „Paris“ und

äußerte spontane Bedenken, da ihm seine Kenntnisse der französischen Verhältnisse und vor allem der Sprache zu lückenhaft für eine Berufung als Botschafter in Paris schienen. Der Personalchef verstand nur „Bedenken“ und geriet in Panik, da alle Schriftstücke unter plötzlichem Zeitdruck aus dem Kanzleramt absendebereit auf seinem Tisch lagen. Am folgenden Tage wurden zwischen Bonn und Ankara Telegramme gewechselt, und so klärte sich das Missverständnis rasch auf. Haas war mit Moskau einverstanden, weil dieser neue Posten „eine harte und politisch wenig erfolgreiche Tätigkeit verhieß, mußte ich [ihn] als eine Verpflichtung ansehen, der sich ein Berufsdiplomate nicht entziehen durfte“, wie er später schrieb<sup>174</sup>. Hallstein und Löns waren erleichtert. Man schrieb den 23. Dezember 1955. Schon seit drei Tagen war der sowjetische Botschafter Sorin in Bonn. Nun konnte man ihm bei seinen Höflichkeitsbesuchen im AA wenigstens schon einmal den Namen seines wahrscheinlichen Gegenübers in Moskau nennen. Außenminister von Brentano wurde dem Vernehmen nach in seinem Weihnachtsurlaub in Rom von der Personalentscheidung Adenauers nachträglich unterrichtet, und zwar nicht durch den Kanzler selbst, sondern durch Staatssekretär Hallstein.<sup>175</sup>

### Botschafter Wilhelm Haas und sein Auftrag

Wilhelm Haas war damals 59 Jahre alt. Er war als Jurist nach dem ersten Staatsexamen 1922 in den Auswärtigen Dienst gegangen und hatte in den folgenden 15 Jahren an den Vertretungen in Paris, Addis Abeba, Schanghai, Peking, Genf und Tokyo gearbeitet. 1937 wurde er wegen seines jüdischen Schwiegervaters in den Ruhestand versetzt und war 1950 einer der ersten Rückkehrer in den Auswärtigen Dienst, bei dessen Neuaufbau er eine einflussreiche Rolle, zeitweise als Personalchef, spielte. Seit 1952 war er Botschafter in der Türkei, wo er gerne noch länger geblie-

ben wäre.<sup>176</sup> Nach der Beschreibung seines Moskauer Dolmetschers war er „ein feinsinniger Bremer Patrizier“<sup>177</sup>.

Haas hatte schon vor seiner Ankunft in Moskau erkannt, dass er keine spektakulären politischen Aufgaben haben würde. Er sah sich nicht als der Mittler, der in geheimen Zusammenkünften mit Chruschtschow Wege zur Wiedervereinigung aushandeln würde. Spätestens seit seinem Antrittsbesuch bei Adenauer Mitte Januar 1956 wusste er, dass er in der Türkei eine aktivere politische Rolle hatte, als er sie künftig in der Sowjetunion haben würde.

Der Kanzler gab ihm bei diesem Gespräch zunächst eine ausführliche Beschreibung seiner Moskauer Gesprächspartner Bulganin, Chruschtschow, Molotow und Malenkov, der „vielleicht plötzlich wieder an die erste Stelle rücken könnte“, sowie der drei westlichen Botschafter, wobei Charles Bohlen erwartungsgemäß schlecht wegkam. Er sei „wohl nicht so bedeutend wie sein Ruf“. Sodann erteilte ihm Adenauer einige allgemeine Richtlinien:

- Das Verhältnis zur Sowjetunion sei trotz der vereinbarten diplomatischen Beziehungen noch nicht „normal“. Man müsse in Geduld die weitere Entwicklung abwarten.
- Er lege nachdrücklichen Wert darauf, dass bei den westlichen Alliierten nicht der Verdacht genährt werde, Bonn bemühe sich um ein unabhängiges Verhältnis zum Kreml. In den westlichen Hauptstädten gehe immer noch die Furcht vor einer deutsch-sowjetischen Sonderbeziehung wie in Rapallo um.
- Er gab Haas keinerlei Aufträge oder Empfehlungen, mit den Sowjetführern über die deutsche Frage zu reden. Vielmehr betonte er erneut, die Aufgabe des neuen Botschafters in Moskau sei es, das Vertrauensverhältnis zu den Botschaften der NATO-Staaten zu stärken und „jegliches Mißtrauen, wie es sich bei einigen von ihnen bei seinem [Adenauers] Besuch in Moskau gezeigt habe, verschwinden zu lassen“<sup>178</sup>.

Dieser äußerst restriktive Auftrag wurde wiederholt in der traditionellen schriftlichen Instruktion des Auswärtigen Amts, die ein Botschafter auf seinen neuen Posten mitnimmt. Es waren sehr sorgfältige und sehr ausführliche Weisungen, an deren Kompilation im Amt viele Monate gearbeitet worden war.<sup>179</sup> Auf über 170 Seiten ist das damalige Wissen des Auswärtigen Amts über die Sowjetunion komprimiert wiedergegeben. Die eigentlichen politischen Verhaltensregeln nehmen allerdings nur dreieinhalb Seiten in Anspruch.<sup>180</sup> Darin heißt es, die Gespräche des Botschafters sollten vor allem dem Zweck dienen, „die Einheit des westlichen Standpunkts durch den Hinzutritt der deutschen Stimme noch vernehmlicher als bisher zu betonen“. Es sei nicht seine Aufgabe, die beiderseitigen Beziehungen „à tout prix zu bessern“, sondern vielmehr „die Grundsätze des Westens in einer Form zu vertreten, die stets durchblicken läßt, daß keinerlei grundsätzliche Kompromisse gemacht werden können“. Der Botschafter wurde gewarnt: „Trotz der Weltgeltung, die die Sowjetunion in den 30 Jahren ihres Bestehens erlangt hat, ist ihren Machthabern immer noch die Mentalität von Emporkömmlingen eigen. Diese äußert sich in einem gesteigerten Prestigebedürfnis und einer hieraus resultierenden Überempfindlichkeit.“ Der Botschafter solle sich in „Korrektheit und Zurückhaltung“ üben. Damit könne er „den Russen am meisten imponieren“.

Diese Instruktionen waren ganz darauf gerichtet, das vielleicht noch immer vorhandene westliche Misstrauen zu zerstreuen. Haas sollte in Moskau demonstrieren, dass die deutsche Botschaft nur in einem Punkt eine Sonderrolle spielen würde, nämlich mit ihrem Drängen nach der Repatriierung der noch festgehaltenen Deutschen. Bei allen anderen Themen würde sie ihre Stimme ausschließlich zur Verstärkung des westlichen Chors einsetzen.

Haas zeigte seinerseits keinen Ehrgeiz gegenzusteuern. Nachdem Sorin am 7. Januar sein Beglaubigungsschreiben

an Bundespräsident Heuss übergeben und gleichzeitig das Agrément seiner Regierung für Botschafter Haas mitgeteilt hatte, wäre es möglich und gewinnbringend gewesen, wenn Haas ein Gespräch mit Sorin gesucht hätte. Aber er bemühte sich erst Ende Februar um einen Termin, zu einer Zeit, als Sorin außer Landes war. Der sowjetische Geschäftsträger klagte über die ungünstige Lage ihrer Botschaft und über die demonstrativ schlechte Behandlung Sorins. Haas war vorgewarnt, dass es ihm in Moskau nicht besser ergehen würde.

### Die schwierigen Arbeitsbedingungen

Er hatte sich getäuscht. Als er am 2. März 1956 in Moskau ankam, wurde er am Flugplatz vom Protokollchef abgeholt und in einer Prunksuite im Hotel National mit Blick auf den Roten Platz und den Kreml untergebracht. Nach fünf Tagen hatte er sein erstes Gespräch mit Außenminister Molotow, und weitere fünf Tage später überreichte er dem sowjetischen Staatspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Bei diesem Anlass wurden wie üblich sorgfältig ausgearbeitete Reden abgelesen. Beide Redner sprachen von den deutschen Hoffnungen auf Wiederherstellung der staatlichen Einheit. Das war kein schlechter Beginn.

Seinen Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Bulganin konnte Haas absolvieren, bevor er drei Wochen in Moskau war. Das Gespräch gab nicht viel her, außer dass Bulganin durchblicken ließ, wie stark ihn die Persönlichkeit Adenauers beeindruckt hatte und dass er an die Entsendung einer deutschen Handelsdelegation erinnerte, die im September beim Kanzlerbesuch verabredet worden war.

In den zahlreichen anderen Botschaften in Moskau führte man genau Buch. So stellte man fest, dass die rasche zeitliche Abfolge des Entrées von Botschafter Haas ungewöhnlich war. Als Haas anschließend zu Besprechungen nach Bonn zurückflog, wuchs in westlichen Kreisen erneut der kaum



Botschafter Wilhelm Haas (rechts) übergibt sein Beglaubigungsschreiben an den sowjetischen Staatspräsidenten Marschall Woroschilow. Im Hintergrund: Andrej Gromyko, damals noch Erster Stellvertretender Außenminister (Ullstein)



überwundene Argwohn, dass Bonn und Moskau einen Sonderweg beschritten hätten.<sup>181</sup> Der britische Gesandte beschwerte sich daheim, dass Haas zu seinen westlichen Kollegen keinen Kontakt habe, und löste damit in London eine neue Rapallo-Furcht aus, kaum dass die alte vergessen war.<sup>182</sup> Diese Furcht war einfach nicht auszurotten. Je spröder und vorsichtiger sich Haas verhielt, desto mehr wurde anfangs vermutet, dass er ein besonders geschickter Emissär mit geheimen Aufträgen sei. In Wirklichkeit wurde sein Handlungsspielraum von Adenauer noch mehr eingengt: Als er im April ein weiteres Gespräch mit dem Kanzler hatte, wurde ihm selbst in der Frage eines Waren- und Zahlungsabkommens Zurückhaltung auferlegt.<sup>183</sup>

Für Wilhelm Haas war es eine Zerreißprobe. Er empfing die „werbende Freundlichkeit“ der Sowjets, die sich immer noch eine Umorientierung der Bonner Außenpolitik versprochen. Aber die Bundesregierung verhielt sich abweisend. Andererseits war in der breiten deutschen Öffentlichkeit durch den Kanzlerbesuch und den Botschafteraustausch die Erwartung hervorgerufen worden, dass die Beziehungen zwischen Moskau und Bonn nach jahrelanger Stagnation nun auf einen Weg gekommen seien, der allmählich zur Wiedervereinigung führen würde. Von dieser Illusion wollte sich die öffentliche Meinung Deutschlands nicht trennen.<sup>184</sup>

Haas plädierte in Bonn dafür, stärker als bisher auf die Positionen des Kreml, vor allem seine Sicherheitsinteressen einzugehen. Er hätte es schon damals vorgezogen, die Ernsthaftigkeit der Stalinnote vom 10. März 1952 und späterer Offerten durch Nachfragen und Gespräche auszuloten. Er schlug vor, man solle die sowjetische Furcht vor einer deutschen Wiedervereinigung als ernsthaftes Gesprächsthema aufnehmen. Die Bundesregierung betone immer nur, dass ein wiedervereinigtes Deutschland die freie Entscheidung über seine Außenpolitik haben müsse. Das sei für den Kreml gleichbedeutend mit dem Verlust der DDR, dem Beitritt Gesamtdeutschlands zur NATO und

der Störung des Gleichgewichts zwischen Ost und West. Warum sage man nicht, so folgerte Haas, dass ein europäisches Sicherheitssystem nicht nur im Interesse der Sowjetunion, sondern auch eines vereinigten deutschen Staates liege?<sup>185</sup> Das aber lag nicht auf der Linie Adenauers, der seinem Moskauer Botschafter klar zu verstehen gab: „Nein, Herr Haas, das ist nicht richtig! Die Russen haben keine Furcht vor uns.“<sup>186</sup> Anscheinend hatte Adenauer zu dieser Zeit schon wieder vergessen, wie glaubhaft ihm bei jenem Samstagsgespräch auf der Terrasse der Moskauer Datscha die Furcht der Sowjetführer vor der gemeinsamen militärischen Macht der USA und der Bundesrepublik erschienen war, und dass er davon in vielen seiner Berichte über die Moskaureise gesprochen hatte.

In der Mitte des Jahres 1956 schickte Haas dann dem Auswärtigen Amt ein persönliches „Memorandum zur Methodik unserer Politik gegenüber der Sowjetunion“<sup>187</sup>. Dabei ging es ihm nicht um eine Änderung der Bonner Ostpolitik, sondern um den Vorschlag, die sowjetischen Beschuldigungen nicht mit völkerrechtlichen Argumenten, sondern mit einer aktiven politischen Gegenpropaganda zu erwidern. Das Memorandum blieb ohne Resonanz. Als dann auch noch Botschafter Sorin kurzfristig nach Moskau zurückversetzt wurde, empfand Haas dies in einem Schreiben an seinen Minister als den Tiefpunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen.<sup>188</sup>

### Das Junktim der Handelsverträge und der Repatriierung von Deutschen

Die Pattsituation in der deutschen Frage legte es nahe, wenigstens eine Belebung der Handelsbeziehungen zu versuchen. Dabei ergab sich eine ähnliche Situation wie vor der Kanzlerreise nach Moskau: Die Sowjets waren sehr an Wirtschaftsverhandlungen interessiert. Die Bundesregierung hatte daran auch ein gewisses, begrenztes Interesse,

legte allerdings mehr Wert auf ein Repatriierungsabkommen, das die bestehenden Unklarheiten bei der Rückkehr von Volksdeutschen und Zivilverschleppten beseitigen sollte. Somit verlangte Bonn ein Junktum beider Fragen, das die Sowjets zunächst ablehnten. Erst als Bulganin dem Kanzler Anfang 1957 Vertragsverhandlungen vorschlug und gleichzeitig Erleichterungen bei der Repatriierung in Aussicht stellte,<sup>189</sup> war der Weg für die nächsten Moskauer Verhandlungen frei. Obwohl von Brentano und das Auswärtige Amt für eine zurückhaltende Antwort votierten, sagte der Kanzler ohne Umschweife zu.<sup>190</sup> Er hatte die Bundestagswahlen im September 1957 im Auge und hoffte bei positivem Verhandlungsergebnis auf einen ähnlichen Popularitätsaufschwung wie nach seiner Moskareise. Die wirtschaftlichen Aspekte interessierten ihn weit weniger. Adenauer erklärte in einer Rede am 16. Juni 1957 in Frankfurt: „Die Freiheit der Gefangenen ist uns mehr wert als Handelsbeziehungen.“<sup>191</sup>

Trotz der nicht beseitigten Meinungsverschiedenheiten über die Tagesordnung reiste im Juli 1957 eine deutsche Delegation unter Führung von Sonderbotschafter Rolf Lahr nach Moskau und begann überaus zähe Verhandlungen, die erst im April des folgenden Jahres mit der Paraphierung von drei Wirtschaftsabkommen und einem Konsularvertrag abgeschlossen werden konnten. Außerdem gab es asymmetrische Erklärungen beider Seiten zur Repatriierung der Deutschen. Der sowjetische Delegationsleiter und (inzwischen) Erste Stellvertretende Außenminister Semjonow, versicherte mündlich, „die praktischen Fragen prüfen und positiv entscheiden“ zu lassen. Voraussetzung sei jedoch, dass es sich um Personen handle, die am 21. Juni 1941 (dem Tag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion) bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hätten. Diesem Grundsatz wurden einige Ausnahmen hinzugefügt. Die deutsche Seite versicherte, sowjetische Staatsangehörige, die sich noch in der Bundesrepublik auf-

hielten, in gleicher Weise zu behandeln, wobei zur Gesichtswahrung des Kreml der immer wiederholte deutsche Hinweis ausgelassen wurde, dass dieser Personenkreis aus freien Stücken in Deutschland bleiben und nicht in die Heimat zurückkehren wolle.<sup>192</sup>

Nach der Rückkehr der Kriegsgefangenen war somit auch das Kapitel der deutschen Zivilisten vorerst abgeschlossen. Die Zahlen waren allerdings erheblich geschrumpft. Hatte Adenauer 1955 noch von etwa 130.000 Menschen gesprochen, schätzten Lahr und Semjonow die Zahl der möglichen Heimkehrer auf nicht mehr als 25.000. Die Wolga- und sonstigen Russlanddeutschen blieben auf weitere Jahrzehnte ohne Ausreisehoffnung.<sup>193</sup> Ein vorläufig letztes Kapitel zur Rückkehr der Kriegsgefangenen und Verurteilten wurde geschrieben, als Kohl und Jelzin Ende 1992 in einer gemeinsamen Erklärung feststellten, dass „die zu Unrecht Verurteilten und unschuldig Verfolgten moralisch rehabilitiert sind“. Dies war zwar keine formelle Amnestie und keine Annullierung der sowjetischen Urteile, aber die Erklärung sollte dabei helfen, den Makel der Verurteilung tausender deutscher Gefangener zu beseitigen.<sup>194</sup>

Auch Haas geht vorzeitig

Wilhelm Haas konnte bei der Paraphierung der Verträge, deren Zustandekommen er tatkräftig unterstützt hatte, nicht mehr dabei sein. Er hatte Moskau vier Tage vorher verlassen nach einer relativ kurzen Dienstzeit von 25 Monaten. In seinen Memoiren aus dem Jahr 1974 lässt er durchblicken, dass er auf eine „Neuorientierung der Bonner Ostpolitik“ gehofft hatte. „Für einen solchen Wandel waren in absehbarer Zeit die politischen und psychologischen Bedingungen weder im östlichen noch im westlichen Lager, und insbesondere auch in der Bundesrepublik nicht gegeben.“ Deshalb habe er den Minister von Brentano im Spätherbst 1957 um Versetzung gebeten.<sup>195</sup>

Er hatte es nicht leicht gehabt mit seinen Gesprächspartnern in der Sowjetregierung. Er musste eine Reihe von Notizen der Bundesregierung sowie Briefe von Adenauer an Bulganin überbringen und erläutern, in denen die deutsche Seite mit scharfen Worten sowjetische Beschuldigungen der Atombewaffnung und Kriegsvorbereitung zurückwies. Er hatte sich mit persönlichem, humanitärem Engagement für die Rückkehr der Deutschen eingesetzt. Mehr als einmal musste er dagegen protestieren, dass ausreisewillige Besucher der Botschaft von den sowjetischen Sicherheitskräften verhaftet oder drangsaliert wurden. Ihm wurde der Zugang zu bestimmten Gruppen von Deutschen verweigert, wie z. B. den Raketenforschern von Peenemünde. Sie hatten in den Kriegsjahren die V 2 entwickelt und wurden 1945 von den Sowjets zu einem zehnjährigen Arbeitsvertrag in die Sowjetunion verpflichtet. Nach Ablauf des Vertrags wollten sie – ungefähr 120 deutsche Staatsangehörige – in die Bundesrepublik repatriiert werden. Stattdessen wurden sie in Ssuchumi am Schwarzen Meer kaserniert und durften mit Haas und seiner Botschaft keinen Kontakt aufnehmen. Für sie sei allein die DDR-Botschaft zuständig.<sup>196</sup> In seiner Empörung über die sowjetische Haltung veranstaltete Haas eine internationale Pressekonferenz in der Botschaft, bei der er den Journalisten die etwa 30 Aktenschränke vorzeigte, in denen die Namen von 150.000 Personen verzeichnet waren, die alle bereits einen Ausreisantrag in die Bundesrepublik gestellt hatten. Bei gut 30.000 handelte es sich um deutsche Staatsangehörige. Die Journalisten konnten in beliebigen Akten nachblättern und sich ein Bild von der Verzweiflung dieser Menschen machen. Neben der Kritik Moskauer Medien an der „unwürdigen Komödie ... in einem obskuren Keller der Botschaft“ gab es Reden von Außenhandelsminister Mikojan in Ostberlin und Warschau, in denen er Haas persönlich angriff und hinzufügte, man habe den Eindruck, dass die Bonner Regierung die diplomatischen Beziehungen wieder rückgängig machen wolle.<sup>197</sup>

In der deutschen Presse erntete Haas bei gelegentlicher Anerkennung auch immer wieder Kritik. Er werde nicht genügend aktiv, um in Gesprächen mit der Sowjetführung die deutsche Frage voran zu bringen. Als guter Beamter nahm Haas diese Vorwürfe schweigend hin. Aber als Jens Feddersen von der „Neuen Rhein Zeitung“ eine Serie von sieben Artikeln zu allen Aspekten der deutsch-sowjetischen Beziehungen schrieb, gelang es ihm, von Haas zu erfahren, „meine Richtlinien verbieten mir politische Gespräche“, er lebe „in der von Bonn befohlenen Isolierung“ und man habe „in Bonn keine Marschrouten“. Haas wurde nach Bonn zitiert, und hatte ein Vier-Augen-Gespräch mit seinem Minister,<sup>198</sup> das in den Memoiren des Botschafters nicht erwähnt wird. Die Amtsperiode des ersten deutschen Botschafters Haas endete ebenso erfolglos wie die seines sowjetischen Kollegen Sorin. Beide wurden vom Kanzler und seinem Außenminister auf dem Altar der Rapallo-Furcht geopfert.

### *Die Musiktruhe für Marschall Bulganin*

Abseits der großen Politik begab sich folgendes Postskriptum zur Moskareise.<sup>199</sup> Im Kostenvoranschlag der Kanzlerreise war ein Betrag von 200.000 DM für die Hotelunterkunft und die Verpflegung der deutschen Delegation angesetzt worden.<sup>200</sup> Die Gastgeber übernahmen aber alle Kosten des Hotels Sowjetskaja. Der Kanzler wollte sich von den Sowjets nichts schenken lassen, und ordnete an, ihnen ein Geschenk im Wert von etwa 75.000 DM zu machen. Die Wirtschaftsabteilung des AA schlug vor, eine „kombinierte Pendel-Konvergenz-Röntgen-Tiefstrahlanlage zur Krebsbekämpfung“ der Fa. Siemens-Reininger-Werke A.G. zu schenken zum „Ausgleich für die ersparten Reisekosten“, wie es in der amtsinternen Begründung lautete. Den Sowjets gegenüber konnte man diese Begründung aber nicht verwenden, ohne sie als großzügige Gastgeber zu beleidigen.